

Medienkonferenz

Schweiz-EU: Eine umfassende Umfrage bei Schweizer Unternehmen

Montag, 2. Juli 2018

Es gilt das gesprochene Wort

Beziehungen zur EU konstruktiv weiterentwickeln

Der bilaterale Weg bleibt die beste Option

Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung von economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben eben gehört, wie hoch die Zustimmung der Schweizer Wirtschaft zu den heutigen Bilateralen und zu deren Weiterentwicklung ist. Der Wert der Bilateralen für die Unternehmen besteht vor allem im diskriminierungsfreien Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Drei von vier Unternehmen betonen denn auch, dass die Rechtssicherheit gegenüber der EU für die Wirtschaft absolut zentral ist.

Die Ergebnisse der Umfrage sind sehr deutlich ausgefallen. Was mich allerdings nicht überrascht, denn der Wohlstand unseres Landes basiert wesentlich auf den Export- und Importleistungen der Wirtschaft. Rund zwei von fünf Franken werden im Ausland verdient. Unsere Unternehmen sind seit vielen Jahren auf den Weltmärkten präsent und können sich erfolgreich gegen die starke internationale Konkurrenz behaupten. Das gilt für Grossunternehmen gleichermassen wie für kleine und mittelgrosse Firmen. Denn von den über 24'000 Exportunternehmen in der Schweiz sind rund 90 Prozent KMU.

Gründe für diesen Erfolg gibt es mehrere. Zum einen liegen in der Schweiz insgesamt nach wie vor stabile politische, rechtliche und makroökonomische Rahmenbedingungen vor. Zum anderen haben wir uns über viele Jahre und dank unzähliger intensiver Vertragsverhandlungen einen guten Zugang zu ausländischen Märkten erarbeitet. So verfügen wir weltweit über ein Netz von 32 Freihandelsabkommen. Der wichtigste Absatzmarkt für Schweizer Produkte bleibt jedoch der europäische Binnenmarkt. Er umfasst ein Potenzial von mehr als 500 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten. Um hier einen möglichst barrierefreien Marktzugang zu erhalten, hat die Schweiz rund 120 Abkommen mit der EU ausgehandelt. Diese Verträge vereinfachen den Import und den Export, führen zu gemeinsamen Normen und Standards und bieten hier ansässigen Firmen die Möglichkeit, sich für grosse öffentliche Aufträge in anderen Ländern zu bewerben. Wie wichtig diese bilateralen Verträge sind, zeigen nun diverse Umfragen von gfs.bern. Im April dieses Jahres hat sich die Schweizer Stimmbevölkerung mit 87 Prozent Zustimmung klar für die Bilateralen ausgesprochen. Nun haben auch die Schweizer Firmen mit 86 Prozent Zustimmung gesagt, dass die Zusammenarbeit mit der EU auch in Zukunft auf der Basis der Bilateralen erfolgen soll.

Dieser Erfolg ist aber nicht in Stein gemeisselt. Im Gegenteil: Er muss immer wieder neu erarbeitet werden. Eine Herausforderung stellt zurzeit insbesondere der stärker werdende Protektionismus dar. Zudem ist die politische Unsicherheit etwa nach dem Brexit oder nach der Neuorientierung der US-amerikanischen Aussenwirtschaftspolitik gross. Schliesslich fordert auch die rasante technologische Entwicklung die Aussenwirtschaftspolitik heraus. Die Welt steht also nicht still, sondern entwickelt sich laufend weiter – wie auch die Regeln auf den internationalen Märkten. Vor diesem Hintergrund ist es unausweichlich, dass auch bestehende Verträge an die aktuellen Geschehnisse angepasst und von Zeit zu Zeit weiterentwickelt werden müssen. Und natürlich braucht es auch neue Verträge! Nur so können wir auch in Zukunft international wettbewerbsfähig bleiben und weiterhin an der Spitze mitmischen. Den internationalen Anschluss zu verpassen, hätte fatale Konsequenzen für unsere Wirtschaft.

Ein Instrument für notwendige Anpassungen und die Weiterentwicklung der Bilateralen ist das institutionelle Rahmenabkommen. Dieses soll sich auf die fünf bestehenden Abkommen Personenfreizügigkeit, Luft- und Landverkehr, Agrargüter und technische Handelshemmnisse beschränken. Die Wirtschaft unterstützt den Entscheid des Bundesrates, 2018 als Zeitfenster für die Verhandlungen zu nutzen. Dennoch gilt: Die Qualität des Verhandlungsergebnisses hat klar oberste Priorität. Die Bilateralen sind ein Gesamtpaket, das den Zugang zum wichtigsten Absatzmarkt für Schweizer Produkte regelt.

Aus Sicht der Schweizer Unternehmen sind daher sowohl die Kündigung der Personenfreizügigkeit und damit der Verlust der Bilateralen I als auch das Einfrieren auf dem jetzigen Stand mehrheitlich keine Option. Mit dieser Frage werden wir mit grosser Wahrscheinlichkeit bereits im November dieses Jahres konfrontiert sein. Dann kommt die Selbstbestimmungsinitiative an die Urne. Sie fordert das absolute Vorrecht der Bundesverfassung vor dem Völkerrecht, also auch vor dem Wirtschaftsvölkerrecht. Das heisst konkret, dass Schweizer Richter bei einer Annahme der Initiative diejenigen internationalen Abkommen, die nicht dem Referendum unterstanden, künftig nicht mehr beachten dürften. Folglich stünden bei einem Ja hunderte von bestehenden Wirtschaftsverträgen zu Freihandel, Investitionsschutz, Doppelbesteuerung usw. auf dem Spiel. Aus demselben Grund müsste die Schweiz auch die Europäische Menschenrechtskonvention kündigen und schliesslich aus dem Europarat austreten. Da die Schweiz zudem Verträge mit internationalen Handelspartnern nur noch unter Vorbehalt abschliessen könnte, würde unser Land massiv an Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit einbüssen. Damit würde die Initiative die Schweiz international isolieren. Die Wirtschaft hat sich schon früh klar gegen diese Initiative positioniert. Das bestätigen auch die Umfrageergebnisse. Gemeinsam mit zahlreichen anderen Wirtschaftsverbänden wird *economiesuisse* diese wirtschaftsfeindliche Initiative bekämpfen.

Eine weitere Volksabstimmung, die uns wahrscheinlich im Frühling 2019 bevorsteht, ist diejenige über das Referendum zum verschärften Waffenrecht im Schengen-Raum. Unser Land ist Teil davon. Das wurde 2005 vom Volk so beschlossen. Schengen sorgt einerseits für ein barrierefreies Reisen innerhalb Europas. Andererseits bringt es uns viele Vorteile in Bezug auf die Sicherheitszusammenarbeit. Es ermöglicht uns, Fahndungen grenzüberschreitend zu organisieren, das erleichterte Aufspüren von Verdächtigen dank gemeinsamer Datenbanken usw. Die Schweiz konnte sich gewisse Sonderkonditionen aushandeln – beispielsweise für Sportschützen und die Aufbewahrung von Armee-Sturmgewehren daheim. Obwohl dem Anliegen der Schützen in hohem Mass Rechnung getragen wurde, wollen gewisse Kreise partout das Referendum ergreifen. Es ist aus unserer Sicht jedoch unverhältnismässig, wegen einer minimalen Verschärfung das ganze Schengen-Abkommen aufs Spiel zu setzen.

Wie Sie sehen, werden sich für die Schweizer Wirtschaft in den nächsten Monaten wichtige Weichen stellen. Deshalb freue ich mich über die klaren Umfrageergebnisse und bin überzeugt, dass wir diese Weichenstellung gemeinsam mit den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern vornehmen können.